mit übertragen werden sollen. Der nach § 18 Abs. II des Verbandsstatuts nun vom Vorstand auf 12. Oktober 1890 nach Stuttgart einberufene außerordentliche Verbandstag, bei welchem 42 Vereine mit 43 Delegirte vertreten waren, hat denn auch diese beiden Funktionen dem Vorsitzenden übertragen, und als Entschädigung für sämmtliche drei Posten, einschließlich der Entschädigung an Mitarbeiter, 1800 Mark pro Jahr festgesetzt.

Die in Folge der Ausbreitung der Organisation sich ergebende Nothwendigkeit, fast regelmäßig Beilagen der Zeitung auszugeben, hat den Vorstand mit dem Ausschuß zur Ventilirung der Frage veranlaßt, ob es nicht im Interesse der Leser, wie der Ausbreitung der Organisation selbst, besser wäre, eine Vergrößerung des Formats der Zeitung mit 1. Januar dieses Jahres vorzunehmen. Durch Beschluß der beiden Körperschaften ist vom 1. Januar an nun auch die Zeitung in großem Format erschienen.

Die in den beiden Geschäftsjahren angefallenen Rechtsschutzfälle sind in 18 Fällen dem Vorstand bekannt geworden und wurde, soweit nothwendig, Instruktion und Bewilligung ertheilt. Außerdem sind aber noch weitere Rechtsschutzbewilligungen von den Vereinen gegeben worden, und da nach § 38 des Statuts die leichteren Klagefälle von den Vereinen selbständig eingeleitet und durchgeführt werden, so ist, weil die mit günstigem Ausgang ohne Kosten für die Kasse vorgekommenen Fälle nicht zur Kenntniß des Vorstandes kommen, die Gesammtzahl auch nicht festzustellen.

Den früheren Vorstandsmitgliedern des aufgelösten Vereins Gera kam die Anklage zu, der bestandene Verein sei ein politischer gewesen und die Vorstandsmitglieder hätten, durch Aufnahme von Minderjährigen ꝛc., somit gegen das Vereinsgesetz gefehlt. Da den Angeklagten nicht bewußt war, eine nicht erlaubte Handlung begangen zu haben, und die Anklage sich auf die Thätigkeit des Vereins als Verbandsverein stützte, so wurde den Angeklagten der Rechtsschutz bewilligt. Der Ausgang der Klage war jedoch für die Beklagten ungünstig.

Maßregelungen sind an Verbandsangehörigen, einestheils in Folge der Bewegung, anderntheils in Folge der Zugehörigkeit zur Organisation, oder deren Thätigkeit für dieselbe, mehrfach vorgekommen und wurden entsprechende Unterstützungen bewilligt.

Vom Verein Hamburg wurde der Antrag gestellt, die Verbandsbeiträge für das III. Quartal 1890 dem Verein von 40 auf 30 Pf. zu ermäßigen, da der Verein durch große Ausgaben in seiner Kasse geschwächt sei. Der Verbandsvorstand konnte dem Antrag nicht entsprechen, da die statutarischen Bestimmungen vom Vorstand nicht verletzt werden dürfen. Der Vorstand des Vereins Hamburg hat die vom Verbandsvorstand in Vorschlag gebrachte Gestundung jedoch nicht akzeptirt und wandte sich wegen der Nichtbewilligung einer Verkürzung der Beiträge beschwerdeführend an den Ausschuß. Letzterer forderte die zwischen Verein Hamburg und dem Verbandsvorstand geführte Korrespondenz in dieser Angelegenheit ein, hat aber dem Vorstand seine Entscheidung nicht mitgetheilt; doch wird der Ausschußbericht wohl Aufschluß geben; auch hat der Verein Hamburg seinen vollen Beitrag der Verbandskasse zugeführt.

Die nach Berlin vergangenes Spätjahr einberufene Gewerkschaftskonferenz wurde auch vom Vorstand als zeitgemäß angesehen und zur Vertretung unseres Berufs der Vorsitzende dazu delegirt. Die Bedeutung derselben wird wohl allgemein in unserer Organisation erkannt worden sein und dem in diesem Jahre stattfindenden allgemeinen Gewerkschaftskongreß eine solche Bedeutung beigelegt werden, daß der jetzige Verbandstag sich auch mit der Vertretungsfrage voraussichtlich befassen wird.

Die durch die Gewerkschaftskonferenz vom Vorsitzenden unternommene Reise wurde zur Agitation benützt.

Dem Beschluß der Konferenz, zur Deckung der Konferenzkosten von jeder Organisation der Mitgliederzahl entsprechend beizutragen, ist durch Abführung von 1 Prozent (26 Mk.) entsprochen worden; desgleichen hielt der Vorstand eine Abführung von 100 Mk. zu Unterstützungszwecken an die Generalkommission für geboten.

Bekanntmachungen des Vorstandes wurden in der Zeitung erlassen 67; und zwar vom vorigen Verbandstag bis Ende des Jahres 1889: 26, 1890: 29, und von Januar d. J. bis heute 12.

Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 95 Sitzungen.

Die Ein- und Ausläufe beim und vom Vorsitzenden vertheilen sich wie folgt:

Einläufe vom 16. April 1889 bis 31. Dezember 1889: 329 Briefe, 113 Postkarten, 2 Telegramme, 4 Postpackete, 26 Kreuzbandsendungen; vom 1. Januar 1890 bis 31. Dezember 1890: 446 Briefe, 143 Postkarten, 5 Telegramme, 2 Postpackete, 4 Kreuzbandsendungen; vom 1. Januar 1891 bis 24. März 1891: 134 Briefe, 46 Postkarten, 2 Telegramme, 8 Kreuzbandsendungen. Zusammen Einläufe: 909 Briefe, 302 Postkarten, 9 Telegramme, 6 Postpackete, 38 Kreuzbandsendungen. Hiefür Strafporto 10,— Mk.

Ausläufe vom 16. April 1889 bis 31. Dezember 1889: 542 Briefe, 84 Postkarten, 2 Telegramme, 21 Postpackete, 1590 Kreuzbandsendungen; vom 1. Januar 1890 bis 31. Dezember 1890: 592 Briefe, 160 Postkarten, 6 Telegramme, 20 Postpackete, 541 Kreuzbandsendungen; vom 1. Januar 1891 bis 24. März 1891: 197 Briefe, 42 Postkarten, 2 Telegramme, 2 Postpackete, 138 Kreuzbandsendungen. Zusammen Ausläufe: 1331 Briefe, 286 Postkarten, 10 Telegramme, 43 Postpackete, 2269 Kreuzbandsendungen. Hiefür ausgegebenes Porto 352,70 Mk.

Eingelaufen sind im Ganzen 1264 Poststücke; ausgelaufen sind im Ganzen 3939 Poststücke. Hiefür ausgegebenes Porto, inklusive Strafporto 362,70 Mk.

Nach dem Bericht beim zweiten ordentlichen Verbandstag waren eingelaufen 1090 Poststücke und ausgelaufen 2652 Poststücke. Es sind demnach in dem Zeitraum vom vorigen bis zu diesem Verbandstag mehr eingelaufen 174 und mehr ausgelaufen 1287 Stück.

Die Zusammenstellung der Vereine zur Wahl der Delegirten ist statutengemäß erfolgt und möglichst die Nähe der jeweiligen beiden Vereine zur Zusammenlegung ins Auge gefaßt und die betreffenden Vereine zur Verständigung für die Wahlvorschläge vor Vornahme der Wahlen aufmerksam gemacht.

Der Ausschuß wurde zur Orientirung über die Verbandsverhältnisse stets auf dem Laufenden gehalten und bei gemeinsamen Thätigkeiten von Ausschuß und Vorstand zur Beschlußfassung veranlaßt. Beide Körperschaften suchten nach besten Kräften das Gedeihen der Organisation zu fördern und zum Besten der einzelnen Glieder zu wirken.

Wenn beim zweiten ordentlichen Verbandstag die Auflage des Organs mit 2600 Exemplaren angegeben werden konnte, so ist heute zu berichten, daß die Auflage rund 4000 beträgt.

Der Verbandsvorstand unterbreitet seine Thätigkeit der Beurtheilung des dritten ordentlichen Verbandstags.

Nach Schluß des Geschäftsberichtes verliest der Vorsitzende ein inzwischen aus Hamburg eingelaufenes Telegramm mit folgendem Wortlaut: „Dem Verbandstage ein tausendfach donnerndes Hoch! Durch Kampf zum Sieg!“ Es wird hierauf in die Debatte über den Geschäftsbericht eingetreten und bemerkt hierzu Kammann (Hamburg) mit Bezug auf die Absetzung der freiwilligen Beitragsmarken, daß der Verein Hamburg nicht in der Lage sei, solche abzusetzen, da der Verein noch mit anderen Ausgaben zu sehr belastet sei. Nachdem noch Taute, Schlegel, Buchwald, Hölzl gesprochen, wird dem Vorstand Entlastung ertheilt. In Abwesenheit des Kassiers giebt hierauf der Verbandsvorsitzende den Kassenbericht.

Kassenbericht der Verbandskasse vom 1. Januar 1889 an bis 1. Januar 1891.

Eingetreten sind in den beiden Jahren 3614 Mitglieder und vertheilen sich diese auf die einzelnen Quartale folgendermaßen:

Im 1. Quartal	1889	. . . .	275
„ 2. „	„	. . . .	304
„ 3. „	„	. . . .	466
„ 4. „	„	. . . .	628
„ 1. „	1890	. . . .	615
„ 2. „	„	. . . .	478
„ 3. „	„	. . . .	405
„ 4. „	„	. . . .	443
		zusammen	3614

sind 1576 mehr, als in den Jahren 1887—88.

Monatsbeiträge wurden entrichtet 41004. Es entfallen davon

auf das 1. Quartal	1889	. . . .	2934
„ „ 2. „	„	. . . .	3052
„ „ 3. „	„	. . . .	3800
„ „ 4. „	„	. . . .	4386
„ „ 1. „	1890	. . . .	4612
„ „ 2. „	„	. . . .	5068
„ „ 3. „	„	. . . .	4875
„ „ 4. „	„	. . . .	5237
		Nachträge	7040
		zusammen	41004

Es sind in diesen beiden Jahren 14811 Beiträge mehr an die Verbandskasse abgeführt worden, als in den Jahren 1887—88.

An freiwilligen Beiträgen gingen ein	887,50	Mk.
Die Einnahmen betragen	23990,06	Mk.
Die Ausgaben	19794,28	„
Ueberschuß	4195,78	Mk.
Kassenbestand am 1. Jan. 1889 . .	8264,02	Mk.
„ „ „ „ 1891 . .	12459,80	Mk.

Trotzdem die Zahl der Eintrittsgelder und Beiträge gegenüber den beiden vorhergegangenen Jahren erheblich gestiegen ist, so beträgt der Ueberschuß doch 1706,26 Mk. weniger als vor zwei Jahren. (5902,04 Mk. betrug der Ueberschuß vor 2 Jahren). Dies kommt in erster Linie von der Erniedrigung der Beiträge von 50 auf 40 Pf., die der zweite ordentliche Verbandstag in Hannover beschlossen hat, dann durch die höheren Ausgaben, welche der Kasse durch die Lohnbewegung an verschiedenen Orten erwachsen sind. Von den Ausgaben sind die Zeitungskosten die bedeutendsten.

Sie betragen	10574,36	Mk.
Dieser Summe stehen jedoch an Einnahmen gegenüber	6288,17	„
Waren also aus der Verbandskasse zu decken	4286,19	Mk.
zirka 40 Prozent der Kosten.		
An Porto wurde ausgegeben	409,86	Mk.
Für Rechtsschutzkosten in 18 Fällen . .	239,23	„
„ Agitation zirka	1000,—	„
„ Unterstützung des Rosenthal'schen Streiks in Berlin	1150,—	„
„ Unterstützung der streikenden Dosenmacher in Nürnberg	200,—	„
„ Unterstützung der Bewegung in Hannover	950,—	„

(Hannover hat jedoch 450 Mk. davon allein an freiwilligen Beiträgen aufgebracht, hat also eigentlich nur 500 Mk. aus der Kasse erhalten).

An größeren Guthaben stehen noch 528,81 Mk. vom Verein Berlin für Beiträge 3. und 4. Quartal*) aus. Sodann wurden zum Streik der Kartonarbeiter in Berlin vom Vorstand des dortigen Verbandsvereins auf telegraphischem Wege 500 Mk. aus der Verbandskasse unter Garantie des Vereins Berlin verlangt. Diese 500 Mk. sind bis heute nicht retour bezahlt und sind im Kassenbestand mit inbegriffen, also als angelegt beim Verein Berlin gebucht. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Vereinsvorstände allerorts für pünktlichere Einsendung der Quartalsabrechnung Sorge tragen würden. Einzelne Vereine resp. deren Leiter scheinen es für Pflicht des Verbandskassiers zu halten, sie jedesmal erst mahnen zu müssen. Geradezu nachlässig ist in dieser Beziehung der Verein Gießen, in letzter Zeit auch Bonn.

Die Herren Delegirten werden ersucht, für Beseitigung dieses Mißstandes Sorge zu tragen.

Der Verbandsvorsitzende stellt schließlich der Versammlung anheim, eine Kommission zur Prüfung des Kassenberichts zu wählen. In der darauf folgenden Diskussion ist Mildner (Bremen) damit einverstanden, eine solche Kommission zu wählen. Des Weiteren sprachen noch Krüger und Schlegel (Berlin) und Bergner (Düsseldorf). In Bezug auf die Ausführungen der letzteren erklärt der Verbandsvorsitzende, daß die betr. Posten eingegangen sind. Taute (Stuttgart) bittet um Wahl der vorgeschlagenen Kommission und werden demgemäß die Kollegen Keller (Halle), Schopper (Stuttgart) und Pfennig (Hamburg) zur Prüfung des Kassenberichts gewählt. Mehrmann (Hannover) glaubt in dem Geschäftsbericht des Verbandsvorsitzenden überhört zu haben, daß die Stuttgarter Bewegung genannt wurde, da gerade diese Bewegung es gewesen, welche es ermöglichte, in Hannover einen solchen Erfolg in den größeren Geschäften zu erzielen. Der Verbandsvorsitzende erklärt dem gegenüber, daß einzelne Orte nicht hervorgehoben wurden, da es sonst den Anschein gewinnen könnte, als sollte Stuttgart ein besonderes Lob bekommen. Im weiteren Verlauf der Debatte ist Marwitz der Ansicht, daß die Angelegenheit Berlin unter Verschiedenem erledigt werden könne. Der gleichen Ansicht ist auch Bongartz (Krefeld). Die Debatte wird hiermit geschlossen. Es folgt dann der

Rechenschaftsbericht des Ausschusses, gegeben von Kollege Teschner.

Durch Beschluß des Ostern 1889 zu Hannover stattgefundenen zweiten ordentlichen Verbandstags wurde Hannover wiederum als Sitz des Ausschusses ernannt. Die statutengemäße Wahl erfolgte im Verein am 4. Mai 1889 und ergab nachfolgende Personen: Julius Günther, Wilh. Harder, Fritz Mehrmann, Fritz Müller und Wilhelm Teschner; ein Wechsel von Personen hat nicht stattgefunden.

Das eingesandte Material, zirka 35—40 Eingänge, wurden in 14 Sitzungen erledigt und entsprechend beantwortet, das zur näheren Information beigelegte Material zurückgesandt. Besonders hervorzuheben sind einzelne Situationsberichte über die fortschreitende Bewegung zur Erreichung unserer Forderungen, über Maßregelungen gegen Mitglieder und Vereine, sowie über den Anschluß der bayerischen Vereine.

Zunächst hatte sich der Ausschuß mit der Anstellung des Redakteurs zu befassen und wurde Kollege Grimm als solcher provisorisch ernannt. Derselbe übernahm Ende Mai 1889 die Redaktion unserer Zeitung.

Alsdann traten Vorstand und Ausschuß in regen Schriftwechsel über die Anbahnung zur Erreichung der 10stündigen Arbeitszeit. (Mai bis Ende 1889.) In dieser Zeit wurden dem Ausschuß über den Verein Berlin mehrere Schreiben unterbreitet, die eine Bewegung zu Gunsten einer Lokalorganisation bekundeten.

Anfangs November 1889 sah der Ausschuß sich veranlaßt, einige Bedenken gegen die Redaktion Grimm dem Vorstand zu unterbreiten und demselben anheim zu geben, hier Wandel zu schaffen. Durch Wahl des Kollegen Grimm in den Verbandsvorstand wurde diese Angelegenheit geschlichtet. Dem Ausschuß wurden auf Ersuchen über die selbständigen Arbeiten des Redakteurs vom Vorstand Informationen ertheilt.

Unterm 20. Januar 1890 gab Herr Dietrich einen sehr ausführlichen Bericht und Verzeichniß über den Versandt der Zirkulare an die Arbeitgeber.

Auf Ersuchen des Verbandsvorstandes wird ein Mitglied des Ausschusses (Kollege Harder), sowie der frühere Kassier des Vereins Hildesheim beauftragt, die dortige Vereinsangelegenheit zu regeln. Das Resultat ist von Kollege Harder dem Verbandsvorstand übermittelt.

Im April 1890 wurde vom Vorstand angezeigt, daß der Redakteur und Expedient unserer Zeitung ihre Aemter abgeben wollten; ersterer sofort, letzterer am 1. Oktober. Ferner wurde uns zugleich die Ansicht des Vorstandes zur Begutachtung und Beschlußfassung unterbreitet, ob es im Interesse unserer Organisation nicht besser sei, diese Funktionen dem Verbandsvorsitzenden zu übertragen und denselben fest anzustellen.

Der Ausschuß hielt sich nicht für berechtigt, diesem zuzustimmen; empfahl dagegen, daß auf Kosten des Verbandes die nöthigen Hilfsarbeiter heranzuziehen, resp. der zweite Vorsitzende mehr mit der Verbandsleitung zu betrauen sei.

Es entstehen lebhafte Erörterungen in diesem Punkte. Der Ausschuß empfiehlt durch Rundschreiben an die Vereine diese Angelegenheit zum Abschluß zu bringen, event. durch Einberufung eines außerordentlichen Verbandstags.

Inzwischen wurde die Sachlage noch kritischer, da zur Zeit Herr Dietrich sowohl wie Herr Schättgen, dem die Expedition übertragen war, infolge Liquidation des Geschäfts ihre bisherigen Stellungen verloren. Infolge dessen hatte der Verein Stuttgart in dieser Frage Stellung zu nehmen; auf dessen Antrag wurde, mit Zustimmung der übrigen Vereine, vom Verbandsvorstand und Ausschuß ein außerordentlicher Verbandstag auf den 12. Okt. 1890 nach Stuttgart einberufen. Laut Statut hatte der Vorsitzende des Ausschusses die Pflicht, demselben beizuwohnen.

Bei Anwesenheit des Verbandsvorsitzenden Dietrich Mitte November v. J. in Hannover, wurde über die Vergrößerung unserer Zeitung verhandelt und beschlossen, mit 1. Januar 1891 dieselbe in vergrößertem Format erscheinen zu lassen.

Anfangs Dezember 1890 führte der Verein Hamburg Beschwerde, resp. stellte derselbe das Ersuchen, den Verbandsvorstand zu veranlassen, für den Verein Hamburg die Verbandssteuer für das 3. Quartal 1890 von 40 auf 30 Pf. zu ermäßigen. Der Verbandsvorstand hatte dies bereits abgelehnt. Die Motive, die der Verein für seinen Antrag beibringt, beruhen nur auf dem Hinweis der augenblicklichen Ausstände in Hamburg, wodurch der Verein in starke Mitleidenschaft gezogen ist und beruft sich dabei auf § 10, Abs. 6 des Verbandsstatuts.

Da der Ausschuß aus diesem Schreiben kein klares Bild über die inneren Verhältnisse des Vereins sich bilden konnte, wurde der Vorstand des Vereins Hamburg ersucht, einen ausführlichen Situationsbericht einzusenden, demselben auch zugleich bemerkt, statt der Herabsetzung des Beitrags eine Unterstützung von Seiten des Verbandes zu verlangen; auch wurden die Verhandlungen hierüber vom Verbandsvorstand eingefordert.

Der darauf erfolgte Bericht des Vereins gab gleichfalls wie der erste nur unbestimmte Angaben und konnte der § 10 in keiner Weise hier Anwendung finden und blieb dem Verein nur der Unterstützungsfond auf. Dem Antrag konnte der Ausschuß nicht stattgeben, weil von Seiten des Verbandsvorstandes überhaupt kein Beschluß vorlag, da derselbe nur statutengemäß gehandelt hatte.

In der anschließenden Diskussion giebt zunächst Kammann Aufklärung, über die zwischen Hamburg und dem Ausschusse über diese Angelegenheit gepflogene Korrespondenz. Mildner (Bremen) unterstützt Hamburg als den meist bedrängten und in Anspruch genommenen Ort und hält es deshalb für berechtigt, diesen Antrag zu stellen. Nach einigen Worten Kammann's erwidert Teschner, daß hier der Absatz 6 in § 10 der Statuten nicht anwendbar sei, man hätte eine Erleichterung betreffs der Beitragszahlung, nicht aber eine Ermäßigung der Beiträge beantragen können. Jöhler (Stuttgart) hält den Anspruch von Hamburg für unzulässig, hat es große Ausgaben, dann wird es auch dementsprechende Einnahmen haben.

Dietrich erklärt, daß der Verbandsvorstand dem Verein Hamburg den Vorschlag machte, um Stundung nachzusuchen und der Verbandstag hätte heute einen Nachlaß der gesammten Last bewilligen können, der Verbandsvorstand, sowie der Ausschuß konnte nicht eigenmächtig handeln. Hierauf wurde dem Ausschuß Decharge ertheilt.

Damit ist der 1. Punkt der Tagesordnung erledigt und wird zu Punkt 2 „allgemeine Anträge“ übergegangen. Der Vorsitzende hält eine Generaldiskussion für nothwendig, wogegen Taute (Stuttgart) der gegentheiligen Ansicht ist, indem er erklärt, daß die Zeitung in dieser Beziehung schon aufklärend gewirkt hätte.

Auf Antrag Mehrmann (Hannover) werden die Anträge in 7 Kategorien eingetheilt und hierauf die erste derselben: Zentralisation zur Debatte gestellt, nachdem verschiedene Redner für und wider Generaldiskussion gesprochen.

Bennewitz (Stettin) begründet den von Stettin dazugestellten Antrag, den bisherigen Verband in eine Zentralisation mit örtlichen Verwaltungen umzugestalten. Die Organisation würde dadurch mehr gewinnen. Es gebe viele Gewerkschaften, die dieselben Einrichtungen hätten. Der Hinweis auf Stellung unter das Versicherungsgesetz sei nach den neuesten gerichtlichen Entscheidungen nicht mehr zutreffend.

In der Diskussion meint zunächst Marwitz (Berlin), daß wenn man nur eine Unterstützung von auf der Reise befindlichen oder arbeitslosen Kollegen haben wolle, der eigentliche Zweck der Gewerkschaften nicht erreicht würde. Der Verband würde dadurch sehr in Frage gestellt; außerdem halte er das für einen Schritt rückwärts und nicht vorwärts.

Bergner (Düsseldorf) sieht in den vielen Behelligungen der Vereine seitens der Behörden den besten Beweis für die Existenzunfähigkeit des Verbandes, sobald man dem Antrag Stettin stattgebe, und kommt dabei auf die Düsseldorfer Verhältnisse zu sprechen.

Weigang (Dresden) tritt für den Antrag Stettin ein, da dann auch dem Dresdener Verein die Möglichkeit geboten wäre, dem Verbande beizutreten. Durch die Zentralisation werden die Gelder besser vertheilt und ein einheitlicheres Vorgehen geschaffen. Die Dresdener als Lokalverein sind oft nicht in der Lage, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Bestände der Verband nur aus Mitgliedern, dann könnten auch Arbeiterinnen unter 21 Jahren aufgenommen werden.

Beylich (Pforzheim) ist gegen den Antrag, besonders deshalb, da die dann eingeführte Arbeitslosenunterstützung große Summen, über die wir nicht verfügen, in Anspruch nehmen würde.

Dietrich kann die Ansicht des Kollegen Weigang, daß bei Annahme des Stettiner Antrages sich ein Verbandsverein in Dresden bilden könne, nicht theilen, meint im Gegentheil, daß ihm auch dann das Lebenslicht ausgeblasen werden könne. Wir haben hier zwischen Bestehen und Nichtbestehen unserer Organisation zu entscheiden. Wenn unter den beantragten Aenderungen dann in Dresden ein Verein bestehen könne, dann kann er auch jetzt bestehen. Auch bei der jetzigen Organisationsform ist es möglich, dort einen Verein zu haben und nebenbei können die dortigen Kollegen bei ermäßigtem Beitrag einem auswärtigen Verbandsverein beitreten, nur müßten die Angelegenheiten des Verbandes in öffentlichen Versammlungen erledigt werden. Wollen Sie nicht Unterstützungsverein sein, dann seien Sie Fachverein, wenn man den guten Willen hat, ist Vieles möglich.

Taute (Stuttgart) stellt den Antrag, über den Antrag Stettin zur Tagesordnung überzugehen. Derselbe wird abgelehnt, ebenso ein Antrag Jöhler für Schluß der Rednerliste.

Weigang (Dresden) spricht nochmals für den Stettiner Antrag, Michel (Leipzig) ist dagegen, weil er darin einen Rückschritt unserer Organisation erblickt, kann sich aber auch in längerer Ausführung für den Vorschlag Dietrich, daß sich die Mitglieder der sächsischen Vereine den naheliegenden Verbandsvereinen anschließen sollen, nicht erwärmen.

Jöhler (Stuttgart) ist der Ansicht, daß wenn heute der Antrag als nicht annehmbar abgelehnt, derselbe jedenfalls, wenn auch in anderer Form, wieder bei dem nächsten Verbandstage vorgebracht werden wird. Er macht vorläufig für die Kollegen in Sachsen einen anderen Vorschlag und zwar in der Form, daß die betr. Vereine alle Politik aus den Vereinsversammlungen ausschließen und nur Unterstützungssachen besprechen, dann wird es ihnen auch möglich sein, sich als Mitglieder des Verbands zu betrachten.

Weigang (Dresden) bemerkt, daß es ihnen auch dann Schwierigkeiten machen würde, Versammlungen abzuhalten, da die Dresdener Polizei anerkanntermaßen als sehr schneidig bekannt sei. Die Dresdener halten überhaupt keine Vereinsversammlungen mehr ab, sondern verhandeln nur in öffentlichen Versammlungen. Sie haben sich deshalb für den Antrag erwärmt, um ein geeintes Vorgehen der Kollegen zu ermöglichen.

Dietrich kann nach den Ausführungen der Kollegen Michel und Weigang nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß sie Recht haben.

Hallwig (Altenburg) schließt sich den Ausführungen Dietrich's an und wird hierauf um 1½ Uhr die Versammlung zum Einnehmen des Mittagessens auf eine Stunde vertagt.

*) Der noch restirende Betrag vom 3. Quartal in Summa 171,87 Mk. wurde am 25. März eingesandt; Berlin schuldet also noch für das 4. Quartal 1890, 356,94 Mk.

Korrespondenzen.

Stuttgart. Wie sich ein Arbeiter bei seinem Arbeitgeber einen „Stein ins Brett“ setzen will, zeigt folgendes Vorkommniß:

In der Crönlein'schen Buchbinderei arbeitet seit Jahren der Buchbinder Hermann Litz auf Goldschnitte, und, wie dessen Mitarbeiter bestätigen, sehr fleißig. Da die Arbeiten theils in Akkord, theils in Wochenlohn ausgeführt werden der Wochenlohn aber nur 22 Mk. für L. betrug, so äußerte sich derselbe kürzlich bei der Arbei-